



An die
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Hannelore Kraft
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Geschäftsstelle
Rosenthaler Straße 11
10119 Berlin

Telefon + 4930 26 55 22 81
Telefax + 4930 26 55 22 83

info@deutscher-kuenstlerbund.de
www.deutscher-kuenstlerbund.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nummer 640 015 387
BLZ 100 500 00

Vorstand
Frank Michael Zeidler, Erster Vorsitzender
Judith Siegmund, Zweite Vorsitzende
Annebarbe Kau, Andrea Knobloch,
Michael Kress, Marcus Sendlinger, Heidi Sill

Geschäftsführung
Katja Hesch

Offener Brief zur geplanten Veräußerung von Kunstwerken der WestLB-Sammlung

Berlin, den 15.01.2015

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

beispielgebend und nachahmenswert verpflichtet der Artikel 18 Absatz 1 seiner Verfassung das Land Nordrhein-Westfalen zur Pflege und Förderung von Kunst und Kultur. Es ist die Aufgabe des Staates, Kulturgut in die öffentliche Sichtbarkeit zu bringen und für nachfolgende Generationen zu bewahren. Kunstwerke ausschließlich als materielle Ware zu verhandeln und rücksichtslos Marktmechanismen zu unterwerfen, zeugt von einem kurz-sichtigen und konzeptlosen Umgang mit kulturellen Werten.

Kunst aus öffentlichem Besitz meistbietend zu veräußern, um Finanzierungslücken im Landeshaushalt oder Verluste mittel- oder unmittelbar landeseigener Unternehmen auszugleichen, das ist in Nordrhein-Westfalen spätestens seit der Versteigerung zweier Werke des amerikanischen Pop-Art Künstlers Andy Warhol im letzten Herbst kein Tabubruch mehr. Dieser Vorgang, der von Künstlerinnen und Künstlern mit größtem Erstaunen und Entsetzen wahrgenommen wurde, war allerdings nur ein Vorbote weiterer und wesentlich weitreichender Vorgänge.

Die im Zuge der Abwicklung der WestLB über die Portigon AG beabsichtigte Veräußerung der gesamten Kunstbestände, die von der Landesbank über Jahre mit öffentlichen Geldern angekauft wurden, um sie für das Land zu sichern, ist ein in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaliger und skandalöser Vorgang! Die über Jahrzehnte fortdauernde Reduzierung der Ankaufsetats und Mittel für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum hat dazu geführt, dass Kunsterwerb für Museen und Kommunen ohne Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen oder privaten Sammlern, nahezu unmöglich ist. Der ihnen übertragenen Aufgabe, im öffentlichen Interesse das zeitgenössische Kunstgeschehen zu begleiten, durch gezielte Ankäufe abzubilden und für gegenwärtige wie kommende Generationen zu sichern und öffentlich sichtbar zu halten, können sie kaum mehr in befriedigender Weise nachkommen.

Die Politik hat es nicht nur versäumt, Vorsorge zu treffen, um für den Fall finanzieller Krisensituationen Kunstwerke und ganze Sammlungen vor dem Ausverkauf zu schützen. Ebenso wenig hat sie ihre Gestaltungsmacht eingesetzt, um im konkreten Fall die Kunstsammlung der WestLB aus der mit der EU-Kommission verhandelten Abwicklung dieser landeseigenen Bank herauszulösen. Die damit geschaffene und von Mitgliedern der Landesregierung wiederholt als alternativlos beschriebene Zwangslage ist hausgemacht. Wir fordern Sie dringend auf, an dieser Stelle einzugreifen und alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten anzubieten, um die mit öffentlichen Geldern angekauften Kunstwerke der Kunstsammlung der WestLB für das Land zu erhalten!



In einem Interview mit der Rheinischen Post, erschienen am 07. Januar 2015, kündigt der Vorstandsvorsitzende der Portigon AG Kai Wilhelm Franzmeyer an, dass die Kunstwerke der WestLB-Sammlung vor ihrem Verkauf an den Meistbietenden während der folgenden zwei Jahre öffentlich ausgestellt werden sollen. Die Museen des Landes sind aufgefordert, sich darum zu bewerben und gegebenenfalls alle im Zuge des Leihvorgangs anfallenden Kosten zu tragen. Die Häuser werden auf diese Weise zur weiteren Aufwertung der Werke herangezogen und damit in geradezu zynischer Weise instrumentalisiert.

Wir, der Deutsche Künstlerbund, Künstlerinnen und Künstler als Urheber künstlerischer Werke, Kulturschaffende, Kulturinteressierte und Bürgerinnen und Bürger, entlassen Sie, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, nicht aus Ihrer politischen Verantwortung!

Wir fordern den Erhalt der aufgrund jahrelanger Misswirtschaft und intransparenter Verwicklung von Politik und Finanzindustrie zur Disposition gestellten Kunstwerke der WestLB-Sammlung für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger!

Wir fordern die Offenlegung der Bestände aller mittelbar oder unmittelbar im öffentlichen Besitz befindlichen Kunstsammlungen in Nordrhein-Westfalen, die mit öffentlichen Geldern angekauft wurden, wie zum Beispiel die Sammlungen im Besitz der WestSpiel-Gruppe und des Westdeutschen Rundfunks!

Wir fordern Aufklärung darüber, welche Kunstwerke aus solchen öffentlich-privaten Eigentumskonstruktionen in der Vergangenheit bereits veräußert oder womöglich zerstört wurden!

Wir fordern eine Beteiligung der Urheberinnen und Urheber an der Diskussion um mögliche Verfahrensweisen, mit dem Ziel, die zur Disposition gestellten Sammlungsbestände für das Land zu erhalten!

Wir fordern ein Umdenken der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker: Kunst und Kultur sind Grundlage einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. In künstlerischen Werken finden sich gesellschaftliche Zustände und Wandlungsprozesse vielfältig reflektiert, Perspektiven auf zukünftige Entwicklungen werden eröffnet. Der sorgsame, verantwortungs- und respektvolle Umgang mit künstlerischen und kulturellen Gütern jenseits wirtschaftlicher Zwecke ist verpflichtend für jede demokratisch gewählte Regierung!

Frank Michael Zeidler
Erster Vorsitzender

Andrea Knobloch
Vorstand